

Zeitung

1704

Wichtigen Sachen

vierteljährlich 9.75 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten
ist durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1 M. u. 60%, Teuerungszuschlag
e Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.
riin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800,
11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Die Kammer der Arbeit und das Räteystem.

Rundgebung des Deutschen Wirtschaftskongresses.

Der Deutsche Wirtschaftskongress trat gestern nachmittag im großen Saal der Philharmonie zu seiner dritten Rundgebung zusammen. Es handelte sich um eine Aussprache über das Thema: Die Kammer der Arbeit (Wirtschaftsparlament) und das Räteystem. Die sehr gut besuchte Versammlung war von einer tiefsten Stimmung beherrscht. Alle Redner erkannten an, daß unser Wirtschaftsleben völlig zugrunde gehe, wenn nicht eine Plattform gefunden werde, auf der eine Verständigung mit der Arbeiterklasse zustande kommen könne. Meinungsverschiedenheiten herrschten lediglich über den Weg, den man einschlagen müsse, um zum Ziel zu kommen.

Der Vorsitzende, Generaldirektor Brückmann, wies darauf hin, daß der erste Deutsche Wirtschaftskongress vor genau vier Monaten zusammengetreten sei. Damals habe Eduard Bernstein darauf hingewiesen, daß die Revolution bisher ruhig verlaufen sei, und daß man das Vertrauen hegen dürfe, daß sie auch weiter ruhig und planmäßig verlaufen werde. Dieses Vertrauen sei getäuscht worden. Der Ausbruch eines Riesenbrandes stehe unmittelbar bevor. Unser Produktion ruhe vollständig, und das deutsche Volk gehe einer großen Hungersnot entgegen, wenn nicht rechtzeitig Feindeshilfe eingreife. Es heißt jetzt, Aufklärung schaffen, um die breiten Massen des Volkes wieder zur Mitarbeit heranzuziehen. Die fürchterlichen und gehässigen Klassengegenstände müssen beseitigt werden. Der noch vor einiger Zeit ungeheuerliche Gedanke des Räteystems müsse vernünftig verarbeitet werden, dann könne er zu einem Wegweiser aus dem Irrgarten der jetzigen Zustände werden.

Dr. Reier, Sektionschef im Reichswirtschaftsministerium, legte den Standpunkt seiner Behörde in der Frage des Wirtschaftsparlaments dar. Er betonte, daß der Minister nur durch seine Anwesenheit in Weimar verhindert sei, an der Tagung teilzunehmen. Das Reichswirtschaftsamt war sich schon seit Monaten darüber klar, daß eine Kammer der Arbeit geschaffen werden müsse. Dafür sprachen Grundsätze der staatlichen Ethik. Ebenso klar war man sich aber im Ministerium darüber, daß das Wirtschaftsparlament streng paritätisch aufgebaut werden müsse; das russische Beispiel der Diktatur des Proletariats sei nicht verlockend. Das Wirtschaftsparlament müsse Selbstverwaltung haben. Der Vertreter des Ministers wandte sich dann ausführlich gegen die Vorwürfe, mit denen man den Regierungsentwurf überschüttet habe. Bedauerlich sei, daß das Ministerium in den Kreisen der Unternehmer bisher wenig Unterstützung gefunden habe. Denen, die dem Reichswirtschaftsrat einen direkten Einfluß auf die gesamte Gesetzgebung zugestehen wollen, müsse gesagt werden, daß die Frage nur durch die politischen Parteien in der Nationalversammlung gelöst werden könne. Seit das Parlament in Weimar jenen Standpunkt, so könne das dem Reichswirtschaftsminister nur erwünscht sein.

Max Cohen-Neub, der Vorsitzende des Zentralrates, dankte dem Wirtschaftskongress dafür, daß er eine Plattform geschaffen habe, auf der die verschiedenen Meinungen gegeneinander abgewogen werden können. Sein Standpunkt in dieser Frage sei sehr weit von der Auffassung der Regierung entfernt. Man müsse bei der Lösung des Problems immer daran denken, daß die Flammen uns zu verschlingen drohen. Man müsse den Mut zu folgenreichen Entschlüssen haben, sonst geht die deutsche Wirtschaft im rasenden Tempo dem Ende entgegen. Die Regierung habe die Dinge nicht rechtzeitig erkannt und sich dauernd der Verantwortung des Räteystems in der Verfassung widersetzt, wie überhaupt die ganze Arbeit der Regierung im Zeichen der Nervosität stand, wenn es auch von deren Vertreter bestritten wird. Erst habe die Regierung alles abgelehnt, und dann unter dem Druck der Verhältnisse Konzessionen gemacht, die immer größer wurden und trotzdem niemand befriedigen konnten, weil man immer weitere Nachgiebigkeit der Regierung erwartete. Die Arbeiter wollen einfach nicht mehr arbeiten, wenn man ihnen nicht die weitestgehenden Zugeständnisse macht. Man müsse mit dieser Tatsache rechnen, wenn er und seine Freunde sie auch bedauern. Wenn auch nicht alle Forderungen der Arbeiter berechtigt sein mögen, so könne man doch ohne weiteres sagen, daß viele nicht unberechtigt seien. Wenn der Arbeiter das Mitbestimmungsrecht fordere, so wolle er damit ausdrücken, daß er keine Sklavenarbeit für den Kapitalismus leisten wolle. Das sei ein Schlagwort, aber es habe einen berechtigten Kern. Sein Standpunkt und der seiner Freunde sei der, daß unter allen Umständen wieder produziert werden müsse, koste es, was es wolle. Bei der jetzigen Anarchie gehen wir allmählich zu Grunde. Die Unternehmer sollten daher das größte Entgegenkommen zeigen. Dem Entwurf der Regierung habe Haltlosigkeit, Ideenlosigkeit und Kurzsichtigkeit an. Es sei schwer, eine Grenze zwischen wirtschaftlichen und politischen Dingen zu finden. Die Kammer der Arbeit müsse mit dem politischen Parlament gleichberechtigt sein. Weiter müsse diese Kammer der Arbeit aus berufständigen Wahlen hervorgehen. Es sei falsch, dieses Wahlsystem reaktionär zu nennen, nur darum, weil sich die Konservativen dafür einsetzen. Der alte liberale Staat sei zerfallen, und der neuentstandene solle in der Richtung des Sozialismus arbeiten. In der Richtung des Sozialismus marschieren, heißt

es-
falls
itbe-
nehr

S.
men
ten,
rts
hen
ref-
sie
fen-
den
rig
ber-
uer

on.
die
ng
er

in
re
er

er

er

er

er

Ende kommen, und zwischendurch werde das Wirtschaftsleben zugrunde gehen. Zwischen Arbeitern und Unternehmern müsse das alte Verhältnis von Treu und Glauben wieder hergestellt werden. Was nützt es heute, mit den Arbeitern Tarifverträge abzuschließen, wenn diese ihren Führern nicht mehr folgen und die Vereinbarungen brechen? Jedes Zeichen eines Entgegenkommens der Unternehmer werde als wirtschaftliche Schwäche ausgebeutet, die zu neuen Forderungen anreize. Eine Verständigung mit den Arbeitern werde erst möglich sein, wenn die Führer die Massen wieder hinter sich haben. Die Unternehmer möchten die Gewerkschaften erhalten wissen. Die Arbeitsgemeinschaft dürfe nicht zertrümmert werden. Aus der festgefügtten Gemeinschaft könnten dann lokale Gemeinschaften erwachsen, die den Weg zu einem weiteren Ausbau offen lassen.

Mit einem kurzen Dankeswort schloß dann Generaldirektor Brückmann die Tagung. Ein Teil der Redner konnte wegen der vorgedrängten Zeit nicht mehr zu Worte kommen.

Die Streikbewegung im Reich.

General Märkers Aufgabe in Braunschweig.

* Braunschweig, 16. April.

Der Generalstreik in Braunschweig ist beendet. Die Führer der Braunschweiger Bewegung haben mit General Märker, der in Braunschweig Reichssekretäre üben soll, in Magdeburg unterhandeln wollen. Ihnen ist Helmstedt als Ort ihrer Zusammenkunft bezeichnet, zugleich aber mitgeteilt worden, daß die jetzigen Braunschweiger Gewalthaber von General Märker lediglich die Bedingungen in Empfang nehmen könnten, die er auf Befehl der Reichsregierung zu stellen und durchzuführen habe. Die Forderungen der Reichsregierung betreffen Entwaffnung der Bevölkerung, Auflösung der Volksmarine-division und der Volkswehr sowie die Aufstellung von neuen Freiwilligenverbänden lediglich aus Braunschweigern. Außerdem hat General Märker den Auftrag, die bisherige Regierung in Braunschweig abzusetzen und eine neue Regierung entsprechend der Zusammensetzung der Landesversammlung einzusetzen. Auch der Braunschweiger Arbeiterrat soll aufgelöst werden. Ein Widerstand ist in Braunschweig nicht geplant. Die Volksbeauftragten haben einen Aufruf erlassen, in dem sie die Bevölkerung zur Wahrung von Ruhe und Ordnung und zur Besonnenheit auffordern. Der seit dem 8. April unterbrochene Verkehr mit Braunschweig dürfte noch vor Ostern wieder aufgenommen werden.

* Waldenburg, 16. April.

Seit heute früh stehen in den Orten Büstegiersdorf, Lannhausen und Landesgut sämtliche Webereien und Spinnereien still. Die Streikenden verlangen Sonderlohnzulagen in Höhe von 150 Mark für jeden männlichen Arbeiter und 100 Mark für jede Arbeiterin. Im ganzen stehen etwa 40 000 Arbeiter im Ausstand.

* Breslau, 16. April.

Nach einer jetzt vorliegenden Statistik haben in Schlesien seit Ausbruch der Revolution 1023 örtliche und Selbststreiks stattgefunden. Namentlich Oberschlesien ist von der Streikwelle erfaßt worden, so daß fast zwei Drittel aller schlesischen Streiks in Oberschlesien stattgefunden haben. Die durch diese Streikwelle hervorgerufene Schädigung unseres Wirtschaftslebens läßt sich auch nicht annähernd in Ziffern ausdrücken.

* Halle (Saale), 16. April.

Die Abstimmung in den mitteldeutschen Industriegewerkschaften sowohl unter den Bergarbeitern wie unter den Industriearbeitern ergab, daß sich ungefähr zwei Drittel gegen den Generalstreik erklärt haben. Die Gefahr eines Generalstreiks kann also vorläufig als beseitigt gelten. (Siehe auch vierte Seite.)

Konzerte.

Hermann Scherchen veranstaltete sein viertes (letztes) Konzert mit dem philharmonischen Orchester. Männer wie Scherchen, Henze, Meyrowitz sorgen für Abwechslung. Ihrem Idealismus verdanken wir es, daß neue, selten aufgeführte Werke zur Diskussion gestellt werden. In seinem letzten Konzert nahm sich Scherchen der (unvollendeten) neunten Symphonie von Anton Bruckner an. Er tat es mit einem Feuerfieber, mit einer Leidenschaftlichkeit, die unseren Respekt und unsere Sympathie herausforderten. Doch bewirkte gerade seine Ekstase, daß Bruckner nicht zu seinem vollen Recht kam. Daß Bruckner die schärfsten Akzente verträgt, hat uns der unvergleichliche Bruckner-Interpret Ferdinand Löwe bewiesen. Scherchen ist noch nicht ruhig und nicht abgeklärt genug; ihm fehlt die rechte Distanz zum Werke, weshalb er sich in zu hohem Maße dem Detail auslieferet. Mit Franz Schreker's Vorspiel zu einem Drama, mit dem uns vor etwa zwei Jahren die Dresdener königliche Kapelle (unter Hermann Kutschbach) bekannt gemacht hatte, begann Scherchen. Der aus eigenwilligen und kühnen rhythmischen und harmonischen Experimenten geborene Orchesterklang ist dem Komponisten offenbar selbstbewußt, und da er ein Künstler ist, der Geist hat und das Handwerk meistert, so gelingt es ihm, den ein wenig schwächlichen Körper seiner Erfindung mit einem Mantel von kippigem Faltenwurf und glühender Farbenpracht zu umhüllen. Das hatte ich etwa über das Vorspiel zu sagen. Faltenwurf und Farbenpracht versingen diesmal bei weitem weniger; um so mehr trat mir die außerordentliche Gedonkenarmut ins Bewußtsein. Was ist es um Franz Schreker? Werden wir nun endlich eine seiner Opern in Berlin zu hören bekommen, um erweisen zu können, worin seine vielgepriesene Kapazität beruht? Zwischen Schreker und Bruckner spielte Carl Fleisch das fünfte Violinkonzert von Mozart mit der ganzen Ueberlegenheit seiner reifen Künstlerkraft.

Das letzte Sonntags-Symphoniekonzert des Blüthner-Orchesters, das sich eines ausverkauften Saales erfreute, brachte als Neuheit einen Viederkreis in deutscher Art für dreistimmigen Frauenchor und kleines Orchester Op. 20, „Jungbrunnen“ betitelt, von Erwin Lebowitz. Den Frauenchor bildeten die Damen des Scheinplugschen Chores. Dieser Viederkreis zeigt den Komponisten als einen entschlossenen Melodiker, dem manches Nebenwärtige einfällt, und der sich durch aparte Harmonisierung zu fesseln weiß. Der naive Volkstümlichkeit der E. A. Herrmannschen Gedichte wird er voll und ganz gerecht. Das geschmackvoll behandelte kleine Orchester gibt den Gesängen einen farbigen Untergrund und tut sich in kurzen Sinfonien

102

17. IV. 1919